



1. Haushaltssatzung der Gemeinde Lindlar für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NW. 1994 S. 666) in der am Tage der Bekanntmachung gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Lindlar mit Beschluss vom 13.12.2017 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	42.305.660 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	44.885.540 EUR
im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	40.668.152 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	40.924.249 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	2.290.480 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	2.889.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	448.520 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	1.835.000 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.

448.520 EUR

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 1.977.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird 2.579.880 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 55.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

nachrichtlich:

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2018 gemäß der Hebesatzsatzung der Gemeinde Lindlar wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	400 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	595 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	495 v.H.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2020 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 20.000,00 EUR sind im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NW als erheblich anzusehen und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates.
2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen und aus der bilanziellen Abschreibung gelten abweichend von der Regelung in Ziffer 1 bis zu einer Höhe von 300.000 € als nicht erheblich.
3. Als erheblicher Jahresfehlbetrag im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1a GO NW ist ein zu erwartender Fehlbetrag von mehr als 1.500.000 € anzusehen. Als erheblicher zusätzlicher Jahresfehlbetrag im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1b GO NW ist ein zusätzlicher Fehlbetrag von mehr als 2.000.000 € anzusehen. Bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen bei einzelnen Haushaltspositionen gemäß § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NW gelten bis zu einem Betrag von 500.000 € als nicht erheblich.
4. Als geringfügige Investitionen nach dem Wortlaut des § 81 Abs. 3 Nr. 1 GO NW sind solche anzusehen, die einen Betrag von 100.000,00 € nicht überschreiten.
5. Die Wertgrenze für Investitionen, die gemäß § 4 Abs. 4 Satz 2 GemHVO als Einzelmaßnahmen auszuweisen sind, wird auf 10.000 € festgelegt. Investitionsmaßnahmen unterhalb dieser Wertgrenze können als Einzelmaßnahmen ausgewiesen werden.
6. Die im Stellenplan mit „künftig wegfallend“ (kw) bezeichneten Stellen werden bei Ausscheiden der derzeitigen Stelleninhaber/Stelleninhaberinnen bzw. nach Ablauf der Maßnahme wegfallen.
7. Die mit einem „künftig umzuwandeln“ (ku) bezeichneten Stellen werden nach Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers/der Stelleninhaberin in eine niedrigere Besoldungs- oder Entgeltgruppe zurückgeführt.

§ 9

Budgetierung

Die Budgets im Bereich der Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne werden auf Produktgruppenebene gebildet.

In den o.a. Budgets sind nicht enthalten:

Personalaufwendungen, Rückstellungen für Personal, Versorgungsaufwendungen, Zinsaufwendungen, interne Leistungsbeziehungen, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Kostenerstattungen an TeBEL. Diese Aufwandarten werden einzeln betrachtet und sind jeweils zu einem Budget zusammengefasst.

Zweckbindungen von Erträgen und Einzahlungen

Mehrerträge / -einzahlungen aus der Abwicklung von Schadensfällen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen zur Beseitigung der Folgen des Schadensereignisses.

Mehrerträge / -einzahlungen für Benutzungsgebühren im Feuerschutz berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen zur Unterhaltung der Feuerwehr.

Mehrerträge / -einzahlungen für Benutzungsgebühren der Offenen Ganztagschulen berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für Zuschüsse an die Träger oder Kooperationspartner.

Mehrerträge / -einzahlungen aus pauschalieren Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen, Zuschüsse, zweckbezogene Zuweisungen, Spenden und sonstige Leistungen Dritter berechtigen zu Mehraufwendungen / -auszahlungen für die hiermit unterstützten Leistungen und Investitionen.

Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Zur flexiblen Bewirtschaftung der Investitionsmaßnahmen können einzelne VE auch für andere Investitionen, für die eine VE vorgesehen war, in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus ist es in begründeten Einzelfällen auch möglich, VE für Investitionen in Anspruch zu nehmen, für die keine VE veranschlagt war.

Sperrvermerke

Alle mit Zweckzuwendungen finanzierten Aufwendungen / Auszahlungen bleiben bis zur Bewilligung der entsprechenden Zweckzuwendung gesperrt.

2. Übereinstimmungsbestätigung

Hiermit wird bestätigt, dass der vorstehende Satzungstext mit der Beschlussfassung aus der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2017 übereinstimmt.

3. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 GO NW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Gummersbach mit Schreiben vom 11.01.2018 angezeigt worden.

Die nach § 75 Abs. 4 GO NW erforderliche Genehmigung der Verringerung der Rücklage und die nach § 76 Abs. 2 GO NW erforderliche Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes ist vom Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Gummersbach mit Verfügung vom 28.03.2018 erteilt worden.

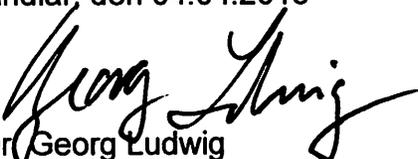
Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen und das Haushaltssicherungskonzept liegen gem. § 80 Abs. 6 GO NW zur Einsichtnahme vom 09.04.2018 bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2018 im Zimmer 314 des Rathauses, Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar öffentlich aus und sind unter www.lindlar.de im Internet verfügbar.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- c der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lindlar, den 04.04.2018


Dr. Georg Ludwig
Bürgermeister